

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 25.05.2011
Sitzung Nummer:	13 (WLTA/13/2011)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:42 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal" anschließend Raum Osterburg

Peter Krüger
Vorsitzende/r

Sibylle Wenzel
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Peter Krüger

Mitglieder

Herr Nico Schulz

Herr Eduard Stapel

Herr Torsten Werner

Herr Bernd Witt

bis 18.30 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Gerhard Faller-Walzer

bis 18.30 Uhr

Frau Inge Harsdorf

Herr Heinz Riemann

Protokollführer

Frau Sibylle Wenzel

von der Verwaltung

Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Norbert Tanne

beratende Mitglieder

Herr Tiemo Schönwald

sachkundige Einwohner

Frau Monika Lagemann

entschuldigt

Herr Bernd-Otto Leunig

entschuldigt

Herr Bernd Switalla

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Gemeinsamer Tagesordnungspunkt: Vorstellung der Studie "Evaluierung der Nahversorgungssituation"

- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 12. Sitzung vom 13.04.2011
 - 5 Rahmenplan zur Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal
Vorlage: 230/2011
 - 6 Antrag auf Förderung des Kreisbauernverbandes Stendal e.V.
Vorlage: 241/2011
 - 7 Antrag auf Förderung der Kosten für die Erweiterung der Wegweisung zum IGPA in Arneburg
Vorlage: 243/2011
 - 8 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Schlaak, Ausschussvorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses, eröffnet die gemeinsame Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Gemeinsamer Tagesordnungspunkt: Vorstellung der Studie "Evaluierung der Nahversorgungssituation"

Herr Schlaak begrüßt Herrn Köhler, Leiter der Stabstelle Demografie vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt und Herrn Körner, Geschäftsführer der IWD market research GmbH Magdeburg, ganz herzlich im Landkreis Stendal.

Er bittet Herrn Köhler um einige einführende Worte zur Studie.

Herr Köhler: Demografischer Wandel wird in der nächsten Stunde das Thema sein. Sie wissen, das ist verbunden mit Schrumpfung und vor allem mit dem Älterwerden. Der demografische Wandel bringt schöne, aber auch schwierige, problematische Seiten für die Gesellschaft mit sich. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Herr Köhler leitet seit drei Jahren eine Stabstelle für „Demografischen Wandel und Prognosen“ im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr und beschäftigt sich sehr intensiv mit dieser Frage. Sachsen-Anhalt ist vom demografischen Wandel am stärksten in ganz Deutschland betroffen. Sogar in Europa gibt es wenige Regionen, die so stark betroffen sind, wie wir. Deswegen müssen wir uns diesem Thema stellen. In den kommenden Jahren (Studie bis 2025) wird uns der demografische Wandel weiter intensivst beschäftigen. Unserer Prognose nach wird der Landkreis Stendal um weitere 20 % seiner jetzigen Bevölkerung schrumpfen. Prognosen haben die Aufgaben zu zeigen, wo die Entwicklung hinführt, wenn die Trends anhalten. Wir müssen gemeinsam klären, wie wir mit der Situation angemessen umgehen. Das tut die Landesregierung z.B. mit einem umfangreichen Handlungskonzept, welches noch in der vergangenen Legislaturperiode (im Februar) verabschiedet wurde. Informationen dazu stehen im Internet zur Verfügung.

Herr Körner wird ihnen nun eine Studie vorstellen, in welcher sechs Landkreise vertieft untersucht wurden. Folgende Frage wurde in der Studie begleitet:

Wie sehen das die Menschen vor Ort?

In der Altmark ist die Versorgungssituation, also die Sicherung der Daseinsvorsorge, von herausragender Bedeutung. Diese Sicherung ist eine grundlegende Aufgabe des Staates und sie werden sehen, dass es da durchaus Defizite gibt. Daraus gibt es einige Schlussfolgerungen zu ziehen. Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Körner können wir darüber diskutieren.

Wir haben im Herbst letzten Jahres ein kleines Förderprogramm „Demografischer Wandel“ im Rahmen der Regionalentwicklung aufgelegt. Es soll punktuell geholfen werden, neuen Ideen zu einer Umsetzung zu verhel-

fen. Der Landkreis Stendal nutzt dieses Programm bereits. Neue Vorschläge und innovative Ideen würden wir gerne aufnehmen, um die Machbarkeit auch hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten zu prüfen.

Herr Körner: Wir haben verschiedene Inhalte in der Studie untersucht. Uns hat unter anderem interessiert, wie die Menschen im Landkreis die Versorgungslage in den Landkreisen empfinden. Haben sie überhaupt eine Versorgung in dem Ort, in dem sie leben? Wie zufrieden sind sie mit der Versorgung? Wie wichtig ist ihnen die Versorgung?
Die Studie soll Ihnen Hilfestellung dahin gehend geben, welche brennenden Themen in naher Zukunft anstehen.

Herr Körner stellt anhand der Anlage 1 die Studie vor.

Herr Schlaak bedankt sich für die Ausführungen und erteilt Herrn Schulz das Wort.

Herr Schulz: Ich habe eine Frage zur Abgrenzung Stadt/Land. Ich fand einige Werte zur Landbevölkerung ziemlich hoch.

Herr Körner: Die Befragten wurden nach dem Merkmal Land- oder Stadtbevölkerung eingeteilt. Es war ziemlich schwierig, konkrete Aussagen vom statistischen Bundesamt zu bekommen. Selbst, wenn Sie sich innerhalb einer Gemeindekennziffer bewegen, werden sie städtische Strukturen finden. Ich kann nach Gemeindekennziffer sehr ländlich leben, kann aber durch die Infrastruktur sehr nah dem städtischen Bereich sein. Das sind einfach Graubereiche, die aus der Statistik heraus akzeptiert werden sollten.

Herr Riemann: In wie weit haben die Recherchen denn nun Einfluss auf die Meinungsbildung in der Politik? Ihre Mühen, die sie sich gemacht haben, müssen doch nun Einfluss finden auf die Politik haben!

Herr Köhler: Wir müssen jetzt erkennen, dass wir gemeinsam agieren – sie diskutieren auf Kreistageebene und wir auf Landesebene. Die Fragen sind: Was lernen wir daraus? Wie gehen wir damit um? Welche Schlussfolgerungen und Handlungen leiten wir daraus ab?

Herr Körner hat in seinem letzten Abschnitt interessante Hinweise gegeben, woran wir sehen können, dass z.B. im Bereich der Apotheken die Defizite in besonderer Weise von der Bevölkerung wahrgenommen werden – hier könnten z.B. Überlegungen in Richtung mobile Versorgung angestellt werden.

Der Landrat sitzt im Aufsichtsrat der Sparkasse. Dort könnten Gespräche zum Aufstellen weiterer Geldautomaten geführt werden.

Die einzelnen Hinweise sind nun aufzugreifen, um daraus die entsprechenden Maßnahmen und Projekte zu entwickeln.

Herr Bausemer: Bei der Freiwilligen Feuerwehr gibt es ein großes Problem mit der Altersstruktur in den Orten. Es wird kaum eine Feuerwehr in Orten mit unter 1000 Einwohnern in der Lage sein, eine 24-stündige Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. Wo wird nun finanziert. Man kann doch niemanden vor den Kopf stoßen und sagen hier machen wir das Licht aus.

Herr Köhler: Hochwichtig und vor Ort vorhanden ist die Feuerwehr. Die Strukturen funktionieren bisher noch. Es kann heute noch nicht eingeschätzt werden, was die Entwicklung der Feuerwehren betrifft. Wahrscheinlich werden irgendwann die Einsatzzeiten einfach verlängert werden. Wir müssen daran arbeiten, dass die jungen Leute im Landkreis ihre Zukunft sehen. Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt ist im Umbruch. Wir werden jetzt jeden Monat niedrigere Arbeitslosenzahlen lesen, weil wenige junge Leute nachwachsen.

Herr Prange: Aus der Studie ist zu ersehen, dass die Wichtigkeit der Feuerwehr bei fast 100 % liegt. Warum nimmt uns dann das Land die Feuerschutzsteuer weg? Diese wird dringend zur Aufrechterhaltung benötigt. Wir sollen hier Ideen bringen und das Land macht uns existenziell das Licht aus.

Herr Köhler: Hierzu möchte ich folgendes sagen: Wir haben einen neuen Innenminister. Der wohnt in einem kleinen Ort namens Wellen in der Börde. Der weiß vermutlich was das bedeutet. Schreiben Sie ihm doch einen Brief.

Herr Witt: Eine Frage war ja auch: Wie reagiert denn nun die Landesregierung auf diese Analyse? Welche Schlussfolgerung zieht die Politik daraus? Wenn wir hier z.B. diese Bürgerläden eröffnen wollen, müssen auch von der Gesetzgebung her Maßnahmen getroffen werden, dass diese Möglichkeiten auch genutzt werden kön-

nen. So das Arzneimittel auch neben dem Schuster verkauft werden dürfen. Dazu bitte ich Sie, meinen Gedankengang mitzunehmen um darauf hinzuwirken.

Herr Köhler: Im letzten Jahr wurde über ein Standardöffnungsgesetz diskutiert. Leider ist es nicht in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen worden, aber das Thema wird wieder auf die Tagesordnung kommen.

Herr Jesse: Was tut die Landesregierung für die Schaffung von Arbeitsplätzen? Ich bin der Meinung, dass die Landesregierung versucht sehr viel dafür zu tun, indem die Autobahn gebaut werden sollte. Wer aus dem Raum Werben kommt stimmt mir sicher zu. Dort gibt es seit Jahren keine Industrieansiedlung mehr, weil es keine Infrastruktur gibt. Das ist ein typisches Beispiel, wie sich eine Region entwickeln kann oder eine Region zurück bleibt. Ohne Autobahn werden wir keine nennenswerte Arbeitsplatzentwicklung bekommen. Man sollte vorsichtig sein bei der Schaffung von kleinen Läden. Es sollte für solche Projekte Geld verschwendet wird, denn die haben dauerhaft doch keine Existenz. Sie halten der Konkurrenz nicht stand. Wir haben das schon gesehen in unserer Region. Da sollte man sehr vorsichtig sein. Ich bin eher dafür, dass die Gaststätten unterstützt werden.

Herr Stapel: Ich denke es macht jetzt wenig Sinn zu fragen was die Landesregierung aus den Zahlen macht. Was mich angeht, ich habe im Koalitionsvertrag nichts gelesen, was auf unsere Region Altmark zugeschnitten ist und uns wirksam helfen würde. Was die Feuerwehren angeht, möchte ich sie wirklich beunruhigen, da es in erster Linie um die Einsatzbereitschaft geht. Noch scheint es ja zu gehen, aber nicht mehr lange. Was ich gerne als Hilfe für Sie noch mit einbringen möchte, ich würde nicht nur nach dem demografischen Wandel fragen und nach Überalterung, sondern nach dem Geld. Wir werden ja mit der Überalterung auch eine sehr große Verarmung bekommen – nichtarmutsfeste Renten. Die Tatsache sollte auf jeden Fall mit einbezogen werden. Beispiel „Gegen Autobahn“ tun sie doch nicht immer so, als würden die 10 % die Autobahn verhindern. Sie kriegen sie nicht fertig – die 90 %. Wenn es wirklich mehr und mehr arme Leute hier in der Region werden und wir dann noch so teure Straßen bauen wollen, die wir dann hinterher nicht bezahlen können – wir kriegen ja jetzt nicht mal das Schlaglochprogramm ausreichend hin.

Herr Köhler: Stichwort Autobahn. Herr Minister Webel hat in seiner ersten Ansprache an die Belegschaft gesagt, dass ist sein wichtigstes Projekt – die A 14. Was die Arbeitsplätze angeht, da gebe ich ihnen recht, die sind das A und O. Aber die kann niemand aus dem Hut zaubern. Es ist nicht so, dass unsere Wirtschaft in den letzten 10 Jahren stagniert hätte. Sie hat insgesamt gesehen eine erfreuliche Entwicklung genommen.

Herr Riemann: Aber nur in bestimmten Regionen. Doch hier bei uns nicht.

Herr Tögel: Es kommen immer die Fragen: Was kann das Land machen? Was hat das Land gemacht? Das Land macht eine ganze Menge z.B. in der Breitbanderschließung, auch für den ländlichen Raum. Das würde, wenn es rein privatwirtschaftlich organisiert wäre, nicht laufen. Das ist für viele Dinge so, ob für Bürgerbüro, Handel oder Wirtschaftsansiedlung eine Voraussetzung. Und der zweite Punkt, wo das Land bereits reagiert hat, ist die Frage der Arztversorgung. Da sind z.B. Studentenprogramme aufgelegt worden, damit Absolventen im ländlichen Raum bleiben. Da wird überlegt ob die Polikliniken wieder aufgebaut werden. Überall aber kann der Landtag, die Landesregierung nicht mitwirken, z.B. bei der Apothekenversorgung – das ist eine privatwirtschaftliche Sache. Hier muss man natürlich, wenn man das verbessern will in bestimmten Bereichen Geld in die Hand nehmen. Standards verändern oder bestimmte Dinge festlegen, bedeutet natürlich auch immer, dass Geld zur Verfügung zu stellen für die Kommunen um bestimmte Aufgaben wahrzunehmen. Über die finanziellen Möglichkeiten des Landes oder des Kreises brauche ich hier wohl nicht viel sagen.

Herr Güssau: Welches positive Fazit Herr Köhler können Sie denn aus der Altmark ziehen? Mal gesprochen als Stadtrat oder Landtagsabgeordneter für den Ausschuss Landesentwicklung und Verkehr. Wir sitzen hier alle so, gewählt durch Parteien immer schön zusammen und treffen uns immer wieder. Wir erzählen uns immer die selben Geschichten und wir hören hier von subjektiven Erfahrungen von Menschen, wie sie etwas gut oder schlecht finden. Einer sagt: Die Menschen haben sich damit abgefunden. Wo ist denn das Maß? Was ist denn Standard? Woran orientieren wir uns? Was ist denn gut? Was ist denn schlecht? Diese Daten sind sehr unterschiedlich zu werten. Mein Eindruck ist, dass die Menschen in der Altmark im großen und ganzen schon zufrieden sind. Die Zufriedenheit in der Altmark ist höher als in manch anderen Regionen von Sachsen-Anhalt. Es ist wichtig, dass diese Region in einer Infrastruktur angebunden wird. Damit die Menschen von A nach B in

möglichst kurzer Zeit kommen. Und ob das ein Grüner gut oder schlecht findet – das sind Themen, die öden mich schon langsam an, nach so langer Zeit. Heute ist entschieden worden, Baustart für die A 14 ist der Herbst 2011. Da sollten wir uns doch gemeinsam freuen, dass es endlich vorwärts geht. Wir sollten nach 20 Jahren aufhören, immer die alten Diskussionen zu führen. Wir haben eine Altmark, die ist dünn besiedelt – das war schon früher so. Das ist keine Besonderheit, die wir jetzt bejammern. Ich freue mich, aus Japan kommen Delegationen und gucken sich an wie hier demografischer Wandel stattfindet. Die wollen sich informieren darüber, wie wir das Thema lösen.

Dann kam die Frage: Was macht denn nun die Landesregierung für unser Dorfleben? Da gibt es Programme und Förderprogramme, ich sehe aber auch als Stadtrat in Stendal, dass keine Anträge für einen evtl. Dorfladen kommen. Es sind Menschen, die es am Ende der Kette machen. Alle wollen es haben, aber keiner ergreift die Initiative, nach dem Motto „Man müsste...“ Wer ist man? Ich werde das ganze Thema mitnehmen, besonders das mit den Geldautomaten.

Frau Theil: 1. Die Studie wird ja nun in allen Landkreisen diskutiert. Erfolgt die Vorstellung auch auf Landesebene?

2. Wurde die Altersstruktur bei der Befragung ausgesucht oder per Zufallsprinzip gewählt?

Herr Körner: Zur Stichprobe: Es gibt einen Verband der nennt sich ADM. In diesem Verband sind die 60 größten Institute Deutschlands organisiert. Die Mitgliedschaft ist Voraussetzung für den Wissenschaftsrat für Stichprobenziehung in Deutschland. Hier sind 22 Institute organisiert. Diese dürfen das sogenannte ADM-Masterstempel benutzen. Für jedes einzelne Institut wird ein extra Stichprobenstempel, bestehend aus Geheimnummern, Telefonnummer, Handynummern usw. zur Verfügung gestellt, um repräsentative Stichproben zu ziehen. Wir haben uns für Ihren Landkreis eine demografische Zusammensetzung besorgt. Wir wissen also ganz genau, wie sich die Alterstruktur, getrennt nach Geschlecht, zusammensetzt. Es wurde sich, was die Repräsentativität angeht, sehr viel Mühe gegeben.

Herr Weiß: Das Material, welches hier heute vorgestellt wurde, war für mich sehr aufklärend. Wenn man sich aktiv mit der Politik, der Wirtschaft und den Problemen des Alltags auseinandersetzt, bekommt man vieles bestätigt. Sie haben hier heute mit dargestellt, wie es im ländlichen Bereich und im Stadtbereich aussieht. Für meine Begriffe nimmt man hier eine Wertung vor, die passt nicht in die Landschaft. Wohl die Darstellung, die mich auch dahingehend überzeugt, wo die Probleme gelagert sind.

Herr Güssau, Sie liegen völlig daneben mit der Aussage, dass die Menschen in der Altmark zufrieden sind. Denn der Alterungsprozess hat dazu geführt, dass die jungen Leute weg gegangen sind. Man hat das ja von staatlicher Seite sogar gefördert, in dem man die Menschen auf den Weg geschickt und sie noch mit Bargeld bis zu 8.000 DM und Euro unterstützt hat, damit sie Sachsen-Anhalt verlassen.

Heute ringen wir darum, dass Arbeitsplätze angesiedelt werden.

Ich bin der Auffassung, man sollte realitätsbewusst die Probleme sehr ernst ordnen und daraus auch für die Menschen im Landkreis Stendal überzeugend rüberbringen: Wie sieht die Entwicklung für die nächsten Jahre aus? Wenn ich die BUGA nehme in der Stadt Havelberg, das ist eine Belebung, darüber freut sich jeder Bürger. Die Zuwendungen die hier erfolgen, sehen die Menschen, hier geschieht etwas tatsächlich. Aber was ist danach?

Herr Köhler: Auf die Frage von Frau Theil: Wie gehen wir mit der Studie um?

Wenn also im Ausschuss, im sogenannten MLV-Ausschuss gewünscht wird, dass wir das diskutieren stehen wir selbstverständlich zur Verfügung, damit wir die politische Debatte auf Landesebene führen.

Morgen habe ich wieder eine Sitzung des interministeriellen Arbeitskreises. Dort werden wir das Thema ansprechen und gegebenenfalls werden wir es vorstellen und diskutieren.

Was das Ergebnis zur Zufriedenheit angeht: Ich gehe davon aus, dass die Menschen, die ein so hohes Zufriedenheitsniveau zeigen, auch tatsächlich zufrieden und nicht resigniert sind.

Bezüglich der Rückwanderung können Programme genutzt werden, die bereits vorhanden sind. Im Gesamtkonzept – ein Handlungskonzept mit 135 Seiten, mit strategischen Fragen, Finanzfragen, Wirtschaftsfragen, mit Fragen zur Familie und Ältere usw. sind viele Baustellen benannt, an welchen dieses Land arbeiten muss. Eine gewaltige Aufgabe für uns alle zusammen.

Mit einem sogenannten Demografie-Coaching bin ich bereit, die Gemeinden dabei zu unterstützen. Das haben wir im Landkreis Mansfeld-Südharz durchgeführt, die am stärksten betroffen sind. Es gibt einzelne Gemeinden im Bereich Bitterfeld/Wolfen die das auch nutzen wollen. Ich biete das auch den Städten und Gemeinden hier in der Altmark an, um diesen Prozess zu gestalten. Sie bekommen dabei Unterstützung durch einen externen Berater, der ihnen auch ihren Stand und ihre Potenziale zeigt. Sie werden beraten, müssen aber Selbst die Entscheidungen treffen.

Herr Schlaak bedankt sich für die Ausführungen und beendet die gemeinsame Sitzung.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Herr Krüger stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Ladung zur Ausschusssitzung fest.

Fehlende Ausschussmitglieder sind Herr Tanne, Herr Noeske, Herr Schönwald, Herr Switalla, Herr Leunig und Frau Lagemann.

Herr Krüger stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Ergänzungen zur Tagesordnung. Die Tagesordnung wird somit festgestellt.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 12. Sitzung vom 13.04.2011

Es gibt keine Anfragen, Hinweise oder Änderungen.

Der öffentliche Teil der Niederschrift ist somit festgestellt.

**zu TOP 5 Rahmenplan zur Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal
Vorlage: 230/2011**

Herr Wulfänger: Dieses Thema passt ganz gut zu der Studie, die vorhin behandelt wurde.

Wir haben eine ganze Menge Probleme aufgezählt bekommen und auch gehört, dass die Arbeitslosenzahl zurückgehen wird und dann kommen zum Teil Probleme in den Vordergrund, die mit Integration und mit erfolgreicher Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine Rolle spielen. Der Satz auf Seite 2 der Beschlussvorlage ist der Kern von allem:

„Erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft unseres Landes in ökonomischer, demografischer, sozialer, kultureller und demokratischer Hinsicht“

Der Landrat hat den Anstoß für die Aufstellung des Integrationsplanes gegeben. Die Federführung dazu hat Frau Bischof übernommen. Frau Bischof ist die Integrationsbeauftragte für den gesamten Landkreis Stendal.

Frau Bischoff: Ich möchte an den Vortrag von eben anknüpfen, weil natürlich durch Integration, Migration und Zuwanderung vielleicht einem Fachkräftemangel entgegenwirken werden kann und bei der demografischen Entwicklung eine Rolle spielen. Deshalb ist es wichtig, dass dieser Rahmenplan auf den gesamten Landkreis ausgeweitet wird. Anhand der Zahlen lässt sich erkennen, dass vorrangig in der Stadt Stendal Zugewanderte leben. Wir haben uns vorgenommen, die Integration soweit auszubreiten, dass wir vorrangig die Arbeitsaufnahme für die Menschen sehen. Es gibt ein gutes Potenzial an Jugendlichen, welche jetzt im Ausbildungsalter sind und im Landkreis eine Chance auf eine Lehrstelle bekommen sollten. Unter den Migranten gibt es viele gut ausgebildete, deren Abschlüsse zum Teil in Deutschland nicht anerkannt wurden. Die Bundesregierung hat erkannt, dass es hier brachliegendes Potenzial gibt und hat ein Gesetz zur Anerkennung erlassen, um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzuwirken. Die andere Seite ist, dass die Menschen von sozialen Leistungen leben müssen. Was eigentlich so auch nicht mehr tragbar ist, wenn es solche Potenziale gibt. Um das gemeinsam anzupacken ist Sinn und Zweck dieses Rahmenplanes.

Aufgrund ihrer Anfragen zum Vortrag vorhin, ist mir deutlich geworden, dass Sie in den ländlichen Gegenden ganz andere Probleme haben. Ich möchte Ihnen aber nahe legen, sich zu öffnen und zu überlegen, wenn Nachwuchs im ländlichen Bereich gesucht wird, ob das dann nicht auch ein junger Mensch mit Migrationshintergrund sein könnte.

Frau Schimmelpfennig vom DRK Kreisverband östliche Altmark e.V.: Ich möchte eingangs sagen, dass die Sicht auf Ausländer sich in der Wirklichkeit nicht so darstellt, wie sie oft in den Medien breit getreten wird. Zu mir kommt ein großer Teil, der im Landkreis Stendal ansässigen Ausländer zur Beratung und ich kann sagen, dass ein hoher Prozentsatz gut gebildet und ausgebildet hierher kommt. Jedoch wird deren Ausbildung hier in Deutschland nicht anerkannt und sie werden somit als ungelernnt geführt. Es sind aber Ärzte, Krankenschwestern, Altenpfleger, Elektroniker, Ingenieure – all das, was unser Arbeitsmarkt braucht.

Anhand der Beschlussvorlage erläutert Frau Schimmelpfennig die Handlungsempfehlungen.

Herr Krüger: Was steht im Weg, dass Unternehmen aus unserer Region keine Migranten einstellen? Liegt es vielleicht an den Sprachschwierigkeiten?

Frau Schimmelpfennig: Die Sprachkenntnisse haben sich sehr verbessert. Die Migranten, die jetzt hier sind leben seit 3-10 Jahren hier. Es kommen kaum noch Migranten nach. Die Unternehmen haben zu Recht einen Vorbehalt. Auf Grund der unterschiedlichsten Bildungssysteme wissen die Unternehmen nicht, was der Einzelne kann. Daher gibt es ja die Möglichkeit, durch ein Praktikum die Menschen kennen zulernen. Die Unternehmen müssen jedoch ihre Bereitschaft zeigen.

Frau Bischoff: Die wichtigsten Eckpfeiler sind Sprache und Bildung und damit muss im Kindergarten schon begonnen werden, um den Kindern bessere Chancen zu ermöglichen.

Frau Harsfeld: Was mich interessiert, ist die Altersstruktur? Wie viele Arbeitslose, die wirklich arbeitssuchend sind?

Frau Schimmelpfennig: Bei den Ausländern ist der Anteil der Arbeitslosen höher, als bei den Einheimischen. Ca. 30%, was aber auf die nicht anerkannten Ausbildungen zurückzuführen ist und Helferstellen gibt es nicht so viele in der Altmark.

Herr Stapel: Ich möchte gern wissen, welche Bundesgesetze darin hindern, dass sich Leute hier integrieren können, an welchen Stellen Sie Handlungsbedarf sehen?

Frau Schimmelpfennig: Das größte Defizit sehe ich darin, dass zu wenig Gelder für die Bildung da sind. Oft wären es nur kleine Maßnahmen, um die Menschen für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Dabei denke ich auf keinen Fall an Bewerbungstraining oder Computerkurse, sondern z.B. an einen Schweißer aus Kasachstan, dem der gültige Pass fehlt. Die vorhandenen Gelder müssen Personalisiert eingesetzt werden. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit unserem Jobcenter schon sehr gut.

Herr Krüger bedankt sich für die Ausführungen und bittet um die Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 6 Antrag auf Förderung des Kreisbauernverbandes Stendal e.V.
Vorlage: 241/2011**

Herr Wulfänger: Der Kreisbauernverband hat sich zusammen mit einem Großteil der Unterhaltungsverbände vorgenommen, die Drainagen in einem Archiv zusammenzustellen und der Öffentlichkeit zur Verfügung zustellen. Vorhandene Archive sollen dabei zusammengeführt und aufgearbeitet werden. Der Landkreis Stendal möchte diese Arbeit gern unterstützen, um Ordnung zu schaffen und das Wissen von Generationen weitergeben zu können.

mehrheitlich zugestimmt

**zu TOP 7 Antrag auf Förderung der Kosten für die Erweiterung der Wegweisung zum IGPA in Arneburg
Vorlage: 243/2011**

Herr Wulfänger erläutert anhand des Antrages der Stadt Arneburg die Mitteilungsvorlage.

Herr Werner: Mich irritiert dieser Antrag etwas. Im IGPA sind Firmen angesiedelt, die Massenhaft Transporte generieren, es werden Millionenumsätze gemacht und wir wollen jetzt hier eine Beschilderung fördern in Höhe von 5.200 € Schämt sich die Stadt Arneburg nicht, so einen Antrag an den Landkreis zu stellen? Der hätte doch an das Zellstoffwerk gehen sollen, die fahren uns doch da alles kaputt.

Herr Schulz: Das eine ist öffentliche Infrastruktur, für die hat der Staat zu sorgen, die Unternehmen zahlen ihre Steuern.

Herr Werner: Es ist doch aber eine öffentliche Beschilderung vorhanden.

Herr Krüger: Die Kosten werden doch aber höher, wenn weiterhin über Hämerten, Storkau gefahren wird.

Herr Werner: Aber glaubt ihr denn wirklich, dass die LKW, die dort täglich Holz liefern, plötzlich über Stendal fahren? Ich bin nicht dafür, dass wir das fördern.

Herr Krüger: Es gibt aber auch sehr viele, die diese Strecke nicht kennen.

Herr Werner: Aber die Stadt Arneburg bekommt doch die Steuern aus dem Gewerbepark, dann sollen sie auch die Beschilderung bezahlen.

Herr Wulfänger: Die Unternehmen sind noch bis 2014 steuerbefreit.

mehrheitlich zugestimmt

zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

Herr Stapel:

1. Herr Schönwald hat in der letzten Sitzung angemerkt, dass er freiwillig sein Papier bei der ALS loswerden wollte. Es ist jetzt geklärt, dass man es der ALS schenken kann. Herr Schönwald weiß Bescheid, so dass mein Auftrag damit erledigt ist.
2. In der Zeitung standen Ergebnisse strategischer Personalarbeit. Die Tagung „Entwicklung und Umsetzung von wirtschaftlichen Personalstrategien im nördlichen Sachsen-Anhalt“ unter Leitung von Herrn Oliver Lilie fand vor kurzem in Tangermünde statt. Ich wollte fragen, ob dies nicht ein Thema für den Wirtschaftsförderausschuss ist? Ich denke, es ist ein Thema für uns.
3. Schade finde ich und mit mir meine Fraktion, dass man als Wirtschaftsförderausschuss aus der Zeitung erfährt, dass beim Regionalmarketing Altmark eine Menge passiert und wir vorher nicht involviert waren. Wie sinnvoll dies ist, ist eine andere Frage, aber wir fanden es schade, dass wir, weil es auch nicht der einzige Punkt ist, den wir aus der Zeitung erfahren, was eigentlich hier unsere Aufgabe gewesen wäre. Vielleicht können wir dann dieses Thema hier auch noch einmal nachholen. Ich hoffe, Sie wissen worum es geht? Die Unterzeichnung der beiden Landkreise mit der IHK – gemeinsames Regionalmarketing beider Landkreise und der Wirtschaft. Das haben Sie sicherlich gelesen – drüber weggeflogen? Das wäre nicht gut.
4. Mein letztes Anliegen stand auch schon in der Zeitung, aber das bekam ich dann schon vorher zu erfahren, weil es aus der eigenen Partei kommt. Es müsste aufgeschrieben werden, aber nein, Herr Wulfänger weiß ja immer alles. Es geht um den Elberadweg – hier geht es um die Hauptroute zwischen Losenrade und Werben. Seit Jahren soll die Verbindung Hauptroute werden und ist es immer noch nicht. Der Leserbrief stand in der Volksstimme. Frau Bolander hat sich an mich gewandt, mit der Bitte der Fertigstellung. Der Fahrradtourismus wird stark beeinträchtigt. Wenn es nicht geht – Hauptroute zu werden, dann müsste mal eine Antwort kommen, warum es nicht geht. Das Thema geht schon seit Jahren.

Herr Schulz: Meines Wissens nach müsste das Hauptroute sein. Genauso wie auf der rechten Elbseite. Ich denke eigentlich, dass dies schon umgesetzt worden sei. Vielleicht liegt es nur daran, dass es noch nicht umgesetzt ist in Broschüren oder Beschilderungen. Es gibt ja mehrere Stellen entlang der Elbe, wo die Hauptroute beidseitig geführt wird.

Herr Stapel: Sie schreibt: Die Annahme, dass nun das Passendänderungsverfahren durchgeführt sei und die Ausweisung als Hauptroute genehmigt wurde, erwies sich als falsch. Im Gegenteil: Anruf beim Landesverwaltungsamt: Ein solcher Antrag lag gar nicht vor.

Herr Schulz: Dann müssen wir uns da noch einmal hinterklemmen.

Herr Wulfänger: Zur strategischen Personalplanung kann ich erst einmal nichts sagen.
Zum Regionalmarketing: Das hängt mit dem Regionalbudget zusammen. 300.000 € sind hier jedes Jahr für Altmark geplant. Die Verteilung läuft über den Regionalverein. Das Neue ab diesem Jahr ist, dass nur noch Landkreise antragsberechtigt waren. Jetzt gibt es die Idee, den Antrag, eine Vermarktungsstrategie für die Altmark zu erstellen. Meines Wissens nach wurde der Antrag bisher noch nicht gestellt. Ich denke, wenn dies soweit ist, sollten wir hier im Ausschuss noch mal darüber beraten. Die Sache soll über die nächsten Jahre laufen. Die Antragstellung läuft wechselseitig – mal der Altmarkkreis Salzwedel mal der Landkreis Stendal. Diesen Antrag erstellen die Salzwedler. Ich werde jemanden in den Ausschuss holen, der uns das dann erklären kann. In diesem Jahr sind 200.000 € für die Strategie, 50.000 € für die Fachkräftesicherung (LK Stendal) und die Salzwedler erstellen noch einen Antrag für die Gaslagerstätten.

Zur Zeit haben wir von Losenrade bis Werben und von Havelberg bis Schönhausen eine Alternativroute. Beide sollten zu Hauptrouten werden, so wie es schon bei Dresden ist. Wie weit jedoch jetzt das Verfahren ist, ob Anträge gestellt wurden und an wen, kann ich jetzt nicht sagen. Darüber werde ich in der nächsten Sitzung berichten.

Herr Werner: Hätte die Ausweisung der Hauptrouten eine finanzielle Auswirkung für die Genehmigungsbehörde?

Herr Wulfänger: Das ist mir nicht bekannt. Die Unterhaltungskosten übernehmen im Regelfall die Gemeinden oder die Landkreise.

Herr Werner: Dann verstehe ich das langwierige Verfahren nicht.

Herr Schulz: Meine Bitte oder Anregung für einer der nächsten Sitzungen ist, dass wir uns mit dem Thema: Deichrückverlegung Jederitz beschäftigen.

Herr Wulfänger: Ich werde mir Gedanken machen, wen ich für die Berichterstattung gewinnen kann.

Herr Schulz: Es sollte jemand vom LHW und jemand von der Gemeinde sein.